

**W**

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

## **"Statebuilding" in Afghanistan**

- Dokumentation -



## **Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages**

Verfasser/in: [REDACTED]

"Statebuilding" in Afghanistan

Dokumentation WD 2 - 3000 - 145/08

Abschluss der Arbeit: 14.11.2008

Fachbereich WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht,  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung, Verteidigung,  
Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Telefon: [REDACTED]

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Die Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste sind dazu bestimmt, Mitglieder des Deutschen Bundestages bei der Wahrnehmung des Mandats zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W.

„Statebuilding“ scheint am Beginn des 21. Jahrhunderts zu einer zentralen Aufgabe der internationalen Gemeinschaft zu werden. So führen die VN mit der internationale Staatengemeinschaft schon heute viele kleine, aber auch – wie auf dem Balkan in Kosovo und Bosnien, auf dem afrikanischen Kontinent in Liberia, Sierra Leone und der DR Kongo und nicht zuletzt auch in Afghanistan – einige sehr komplexe Operationen dieser Art durch. Externe Akteure vielfältigster Art greifen dabei in diesen Staaten weit in deren staatliche Souveränitätsrechte ein, erfüllen mindestens zeitweise staatliche Aufgaben, übernehmen wichtige Funktionen in lokalen Institutionen und ersetzen oftmals die noch fehlende eigene Staatsgewalt mit ausländischem Militär-, Polizei- und Zivilpersonal. Obwohl die eigentliche strategische Herausforderung eher darin besteht, vorbeugend zu handeln und den sich eventuell bereits abzeichnenden Zerfall so genannter fragiler Staaten zu stoppen – weswegen z.B. die VN bereits im Dezember 2005 als Unterorgan der Generalversammlung sogar eine „Peace-Building Commission“ eingerichtet haben – ist die überwiegende Anzahl der laufenden Operationen doch im Bereich des Wiederaufbaus bereits zerbrochener Strukturen zu finden.

Auch in Afghanistan begann nach dem Sturz des Taliban-Regimes im Jahre 2002 ein umfassender Wiederaufbau, der sich neben der raschen Verbesserung der humanitären Verhältnisse vor allem auf die außerordentlich defizitären Strukturen des nach langer Kriegszeit weitestgehend zerrütteten Staatswesens konzentrierte. Bei aller Notwendigkeit eines internationalen Engagements bestand allerdings in der Staatengemeinschaft Einigkeit, dass die Bemühungen der Unterstützergemeinschaft – um auch nach innen Legitimität und Akzeptanz zu erfahren – eingebettet sein müssen und mitgetragen werden in einem Demokratisierungsprozess, der sich nicht nur auf die afghanischen Eliten beschränkt, sondern auch die breite Bevölkerung einbezieht. Eine besondere Rolle kam aber dennoch dem zu wählenden afghanischen Präsident und seiner Regierung zu.

Nach anfänglichen, rasch einsetzenden Stabilisierungserfolgen hat sich die Sicherheitslage seit Mitte 2006 so verschlechtert, dass heute durchaus davon gesprochen wird, dass der afghanische Wiederaufbau in eine Krise geraten sei. Die Aufstandsbewegung wird dabei nicht nur als rein terroristisches Problem gesehen, sondern vielmehr für die Folge eines verfehlten Übergangsprozesses gehalten. Sie koinzidiert mit einem weitgehenden Vertrauensverlust der Afghanen in ihre bisher wieder aufgebauten staatlichen Strukturen, was oftmals damit begründet wird, dass es vor allem dem afghanischen Präsidenten, Hamid Karsai, nicht gelungen sei, sich gesamtstaatliche Glaubwürdigkeit zu verschaffen und funktionstüchtige staatliche Institutionen zu schaffen. Andererseits gibt es durchaus auch Stimmen, die die Schwäche des gegenwärtigen Präsidenten gewissermaßen für afghanisch-systemimmanent halten, denn gerade diese schwache Zentralregierung wäre für die traditionell starken afghanischen Stämme der Preis für ihre Zustimmung zu einer Zentralregierung überhaupt gewesen.

Vor diesem Hintergrund dienen die als Anlage 1 bis 4 beigefügten Aufsätze dazu, die Konzeption des politischen Wiederaufbauprozesses nachzuvollziehen (Anlage 1), die Rolle des afghanischen Präsidenten dabei zu würdigen (Anlage 2), die strukturellen und ethnischen Schwierigkeiten des Demokratisierungsprozesses auszuloten (Anlage 3) sowie einen Überblick zu dessen gegenwärtigen Stand zu geben (Anlage 4).

W

